



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Zur Diätenfrage. Wohl in jeder Legislaturperiode, solange der Reichstag besteht, ist die Diätenfrage einmal aufgetaucht, um, mit oder ohne Besprechung, brennendern Fragen Platz zu machen.

Das letztemal erntete einer der jüngern Abgeordneten des Reichstags, als er inmitten einer die verschiedensten Dinge durcheinanderwürfelnden Rede plötzlich die gewichtigen Worte aussprach: „Ich bitte Sie, meine Herren, bewilligen Sie die Diäten!“ homerisches Gelächter.

Auch in der gegenwärtigen Legislaturperiode wird wohl die Diätenfrage wieder angeregt werden, und namentlich, wenn wieder einmal die Beschlußunfähigkeit des Reichstags zur Tagesordnung gehören und die Mehrzahl der Abgeordneten beharrlich durch Abwesenheit glänzen sollte, dem Reiche zum Schaden und dem Volke zum Argerniß.

Die Diätenlosigkeit des Reichstags fristet ihr Dasein mit Hilfe eines Standpunkts, auf dem bisher die Mehrheit der Abgeordneten zu stehen schien, der aber von Jahr zu Jahr wackliger geworden ist. Es sind im wesentlichen drei Gründe, die man zu Gunsten der Diätenlosigkeit geltend gemacht hat. Erstens hoffte man schnellere Erledigung aller Angelegenheiten, denn es lag nahe, daß jeder Abgeordnete darauf bedacht sein würde, dem teuern Pflaster der Residenz sobald wie möglich den Rücken zu kehren, wenn er selber dort die Kosten seines Aufenthalts zu bestreiten hätte. Diese Rechnung war, wie die Erfahrung gezeigt hat, ganz falsch. Zweitens hoffte man im allgemeinen eine würdigere Vertretung zu erhalten, d. h. Leute, die im Bewußtsein der ihnen wiederfahrenden Ehre und der Bedeutung ihres Amtes gewillt sein würden, dem Vaterlande jedes Opfer zu bringen. Auch diese Rechnung war verfehlt. Denn es ist allbekannt, daß eine große Zahl der Abgeordneten keineswegs nur der Ehre wegen ihres Amtes waltet, sondern aus Partei- und Privatmitteln reichlich entschädigt wird, ein Umstand, den das Gesetz wohl verbietet, aber nicht verhindern kann. Hieraus ergiebt sich von selbst die Hinfalligkeit des dritten Grundes, daß man nämlich hoffte, in der Diätenlosigkeit ein Gegengewicht gegen die Einrichtung des allgemeinen Wahlrechts zu haben. Die Zunahme der Vertreter der Umsturzparteien ist der schlagendste Beweis dafür, daß auch dieser Grund nicht stichhaltig ist.

Der ganze Standpunkt ist also auf die Dauer unhaltbar, wenn praktische Gründe gegen die Diätenlosigkeit sprechen. Und solche sind zur Genüge vorhanden. Es kann sich also nur um die Deckungsfrage handeln. Diese kann aber sehr wohl gelöst werden, auch ohne den Staatshaushalt noch mehr zu belasten.

Jeder Abgeordnete vertritt die wahlberechtigten Einwohner seines Wahlbezirks. Ihre sämtlichen Stimmen sind in ihm zu einer Einheit zusammengefaßt. Wollte jeder stimmberechtigte Bürger seine Stimme selber zur Geltung bringen, so müßte er, mindestens bei den Gesetzentwürfen, die seine besonderen Interessen berühren, persönlich zu dem Versammlungsorte eilen, wie sich der Wilde vor das Zelt des Häuptlings begiebt. Das ist in einem großen Staate mit Millionen stimmberechtigter Bürger nicht möglich, und so hat man die Volksvertretung geschaffen. Man hat es dem stimmberechtigten Bürger bequem gemacht, er braucht nur zur Wahlurne zu gehen und seinen Wahlzettel abzugeben. Alles andre besorgt dann der aus der Wahl hervorgegangne Abgeordnete.

Fragen wir nun: „Ist es logisch richtig und gerecht, daß jeder stimmberechtig-“

tigte Staatsbürger kostenlos seine Stimme bei allen Angelegenheiten des Reichs laut werden lassen darf, während der von ihm beauftragte Abgeordnete sich auf eigene Kosten seines Auftrages erledigt?", so kann die Antwort nur verneinend ausfallen. Ebenso ungerecht aber wäre eine Bestreitung der Diäten aus Staatsmitteln. Wenn die Diäten von der Regierung gezahlt werden sollten, so würde auf den Höherbesteuerten nach seinem höhern Steuerfusse auch ein höherer Beitrag zu den Diäten der Abgeordneten fallen. Es würden somit trotz des allgemeinen Wahlrechts die Bessersituirten genötigt sein, mit ihrem Vermögen einzutreten, damit dem Minderbegüterten die Abgabe seiner Stimme in allen Angelegenheiten des Reichs überhaupt ermöglicht würde. Es werden aber doch auch von Staatsbürgern, die noch nicht wahlberechtigt sind, auch von Frauen Steuern gezahlt, auch diese also würden dazu beitragen, daß Ansichten anderer Leute, die den ihrigen vielleicht entgegengesetzt sind, zur Geltung kommen.

Das allgemeine Wahlrecht haben wir nun einmal. Die Stimme jedes Arbeiters, und wäre er geistig noch so beschränkt, hat dasselbe Gewicht, wie die eines Professors der Volkswirtschaftslehre. Wo aber gleiche Rechte so zur Geltung kommen, da müßten auch gleiche Pflichten sein. Verlangt der geringste Arbeiter einer Fabrik dasselbe Stimmrecht in Reichsangelegenheiten, wie sein Brotherr, so ist es nicht mehr als billig, daß er auch dieselben Kosten wie dieser trägt, um seine Stimme zur Geltung zu bringen. In Angelegenheiten, die die Gesamtheit betreffen, mitreden zu dürfen, ist für jeden eine Ehre und ein Vorteil, es liegt also kein Grund vor, dem Stimmlustigen für diese Ehre ein Opfer zu ersparen. Sehen wir von einer Besteuerung seiner Stimme oder seines Wahlrechts vor der Hand ganz ab, so dürfte doch die Forderung, die Wahlberechtigten zur Bestreitung aller aus der Mitregierung des Volkes erwachsenden Unkosten heranzuziehen, wahrlich nur eine Forderung der Gerechtigkeit sein.

Legen wir also einmal einen möglichst niedrigen Satz zu Grunde und fassen wir nur die Diätenfrage als solche ins Auge. Wir haben in Deutschland etwa zehn Millionen wahlberechtigter Bürger. Von diesen übt jedoch ein gewisser Prozentsatz, der in den einzelnen Bezirken verschieden groß ist, sein Wahlrecht nicht aus. Nehmen wir an, daß sich dieser Prozentsatz in Folge der mit der Abgabe der Stimme verbundenen Unkosten bedeutend vergrößern und sich nur die Hälfte aller Wahlberechtigten fortan noch bewogen fühlen würde, ihr Wahlrecht auszuüben, so würden, wenn jeder Wähler für eine volle Legislaturperiode von fünf Jahren eine Mark zu entrichten hätte, fünf Millionen Mark zusammenkommen. Es würde somit an Diäten für jedes Jahr eine Million Mark zur Verfügung stehen. Rechnen wir rund vierhundert Abgeordnete, so könnte jeder jährlich 2500 Mark an Diäten beziehen, eine Summe, die, wenn man nur die Tage in Betracht zieht, an denen die Abgeordneten thatsächlich ihres Amtes walten, hinreichte, sie für ihre Unkosten zu entschädigen. Zu einer gewinnbringenden Einnahmequelle darf dem Abgeordneten seine Thätigkeit nicht werden, wenn man vermeiden will, Söldner anstatt Volkstribunen heranzuziehen.

Ganz anders aber würde sich die Rechnung stellen, wenn man anstatt der einen Mark für die Legislaturperiode den Wählern denselben Beitrag jährlich auferlegte. Der Beitrag von einer Mark jährlich ist ein Betrag, den jeder Arbeiter entrichten kann. Will er ihn nicht entrichten, so zwingt ihn niemand, seine Stimme abzugeben. Von irgend welcher Ungerechtigkeit könnte also gar keine Rede sein. Die Regierung aber wäre in der Lage, nicht nur den Abgeordneten auskömmliche Diäten zu gewähren, alle aus den Tagungen des Parlaments erwachsenden Un-

kosten zu bestreiten, sondern auch einen artigen Fonds anzusammeln, dessen Zinsen die mannigfachste Verwendung im Interesse der wirtschaftlich Schwachen des Volkes finden könnten.

Daß eine mit Kosten verknüpfte Abgabe der Stimme einen großen Teil der Wahlberechtigten von der Wahl fernhalten würde, ist selbstverständlich. Dabei werden jedoch die Ordnungsparteien gewinnen und nur die Umsturzparteien Mandate einbüßen. Der kleine Gewerbetreibende, der sich bisher an der Wahl beteiligt hat, wird nach wie vor seine Stimme abgeben. Der ländliche Arbeiter, der wohl im allgemeinen noch als reichstreuer Wähler anzusehen ist, befindet sich in geordneten Verhältnissen als der städtische Arbeiter. Es wäre für den Arbeitgeber ein Leichtes, durch Abziehung ganz kleiner Raten von seinem Verdienst einen Wahlfonds für ihn anzusammeln. Es würde sich um einen wöchentlichen Abzug von noch nicht zwei Pfennigen handeln! Der städtische Arbeiter, der lediglich in barem Gelde bezahlt wird und von der Hand in den Mund lebt, würde allerdings kaum freiwillig einen Wahlfonds ansammeln, er würde nur durch Bevormundung der Parteileitung dazu zu bewegen sein, falls er einem organisierten Verbände angehört. Der unabhängige städtische Arbeiter aber, der, solange die Wahl kostenlos ist, sich willig zur Wahlurne schleppen läßt, würde sich der Wahl enthalten. Er aber ist gerade der Bethörte, Verführte, der urteilslose Nachbeter sozialdemokratischer Lehren. Er ist es auch, der leider vielfach den Ausschlag bei den Wahlen giebt und dem Kandidaten der Umsturzpartei zum Siege verhilft. Und ihn von der Wahlurne fern zu halten, wenn es mit gerechten, ehrlichen Mitteln geschehen kann, wäre ja nur sehr erfreulich. Es würde also in der Forderung eines kleinen Geldopfers von den Wahlberechtigten — nennen wir es immerhin „Besteuerung des Stimmrechts“ — ein Mittel gegeben sein, nicht nur die Diätenfrage endgiltig aus der Welt zu schaffen, sondern auch nachhaltig und erfolgreich die Verführer des Volkes zu bekämpfen.

Daß ein solcher Antrag von allen Parteien des Reichstages gegen die Stimmen der Umsturzparteien durchgebracht werden würde, unterliegt wohl keinem Zweifel.
K. v. S.

Die „Imparität“ in Preußen. Die Historisch-politischen Blätter bringen einen Aufsatz über die Verminderung des Katholizismus in Deutschland. Der Verfasser des Aufsatzes beginnt mit einem Ausdruck des Bedauerns über die Thatsache, daß in den letzten Jahrzehnten der Katholizismus in Deutschland eine Einbuße erlitten hat: während sich im Jahre 1867 unter 1000 Einwohnern noch 363 Katholiken vorfanden, zählte man ihrer im Jahre 1891 nur noch 357, ein Rückgang, dem auf protestantischer Seite ein Fortschritt von 621 auf 628 gegenübersteht. Daß jener Halbdutzendverlust eine gewisse Bedeutung hat, erkennen wir an, und namentlich wäre es uns interessant, zu erfahren, ob der Abgang in der Höhe oder in der Tiefe zu verzeichnen ist. Wir glauben, in der Höhe. Wohl hat es noch in unserm Jahrhundert Zeiten gegeben, wo sich gerade in den oberen Schichten der Gesellschaft ein fast epidemischer Drang nach dem Schoße der „alleinseligmachenden“ Kirche geltend machte; wenn heute diese Zeiten vorbei sind, wenn im Gegenteil eine ansehnliche Reihe gebildeter Männer ihrer von starrem Dogmatismus beherrschten Kirche den Rücken wenden, so liegt die Frage, woher das komme, gewiß nicht fern. Anstatt jedoch dieser Frage näherzutreten, bezeichnet der Verfasser des Aufsatzes als eine der Hauptursachen des beklagten Rückschritts den Umstand, daß in Preußen die höhern Ämter fast ausschließlich von Protestanten besetzt seien. Angenommen,

daß die Zahlen, die zur Begründung dieser Behauptung vorgebracht werden, richtig wären, so wäre damit die „Zmparität“ im Sinne der Anklage noch lange nicht erwiesen, wenigstens so lange nicht, als es für die Mehrheit der Protestanten im Staatsdienst eine andre ausreichende Erklärung giebt. Es wird genügen, daran zu erinnern, daß in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung dank der Vorstellung, die sie sich von dem preußischen Staate gebildet hatte, die Neigung, in den Dienst dieses Staates zu treten, Generationen hindurch nur wenig entwickelt war, daß ferner das Pfarrhaus, das auf protestantischer Seite fast in geometrischer Progression den Nachwuchs für die gebildeten und führenden Stände liefert, auf katholischer Seite in dieser Hinsicht brach liegt. Als ein zweiter Mißstand wird beklagt, daß innerhalb der preußischen Monarchie 200 000 katholische Kinder zum Besuch protestantischer oder paritätischer Schulen gezwungen sind. Hier sind wir nun zum Glück in der Lage, die Behauptung der Historisch-politischen Blätter auf ihren Kern zu prüfen. Denn vor kurzem hat Professor Dr. Petersilie eine auf gewissenhafter Forschung und reichem statistischem Material beruhende Arbeit über die Entwicklung der preußischen Volksschule bis zum Jahre 1891 veröffentlicht. Durch die Ergebnisse dieser Arbeit wird es jedem Unbefangnen zur Gewißheit, daß der katholischen Bevölkerung von der preußischen Unterrichtsverwaltung das größte Wohlwollen entgegengebracht wird. Wenn trotzdem im Jahre 1891 von hundert katholischen Kindern im Durchschnitt fünf in paritätischen und drei in evangelischen Schulen unterrichtet wurden, so läßt sich das beim besten Willen nicht von heute auf morgen ändern; welche Hindernisse einer derartigen Änderung im Wege stehen, werden sich die Historisch-politischen Blätter selbst sagen, wenn sie hören, daß in dem genannten Jahre auch mehr als 134 000 evangelische Kinder in katholischen oder paritätischen Schulen untergebracht werden mußten. Im übrigen ist es für die Beurteilung dieser Dinge von Bedeutung, daß im Königreich Preußen, von dessen Einwohnern ja nur 34 Prozent dem katholischen Bekenntnis angehören, natürlich die katholische Diaspora einen größern Umfang hat als die protestantische, ein Zustand, der noch dadurch gesteigert wird, daß nachweislich gerade in den evangelischen Landesteilen die konfessionelle Mischung der Bevölkerung überraschende Fortschritte gemacht hat. So befanden sich z. B. 1871 in der Provinz Schleswig-Holstein erst 6152 Katholiken, im Jahre 1890 dagegen schon 21796, und in der ganzen Monarchie giebt es heute höchstens noch fünf Kreise, in denen kein katholischer Volksschüler vorhanden ist. In diesen unvermeidlichen Fällen hat die Unterrichtsverwaltung weder Mühe noch Kosten gescheut, um den Diasporakindern wenigstens den Religionsunterricht von einem Lehrer ihres Bekenntnisses erteilen zu lassen; von der Summe, die im Jahre 1891 zu diesem Zwecke ausgegeben wurde, genossen neben 3783 evangelischen 4749 katholische Kinder die erwähnte Wohlthat. Daß man angesichts dieser Thatfachen nicht von einer Zurücksetzung der katholischen Bevölkerung reden kann, liegt auf der Hand. Aber damit nicht genug! Weil die Historisch-politischen Blätter die wahren Ursachen der von ihnen beklagten Erscheinung nicht sehen wollen, so versteigen sie sich in ihrer Not zu dem Sage, daß die protestantischen Beamten, die in Mischchen leben, von ihren Vorgesetzten unangenehme und nachdrückliche Vorstellungen wegen der Erziehung ihrer Kinder zu gewärtigen hätten, und daß es — man traut seinen Augen nicht! — „in protestantischen Städten oft vorkomme, daß katholische Dienstboten und sonstige abhängige Personen zum Abfall von ihrer Kirche verleitet oder gepreßt werden“ (!). Es sind das Behauptungen, deren kantschulartige Fassung auf der einen Seite eine Widerlegung unmöglich macht, auf der andern aber die Gefinnung, der sie entspringen, in ihrer

ganzen Häßlichkeit zeigt. Im Glashause sitzen und mit Steinen werfen, bringt selten Gewinn. Beschuldigungen wie die eben angeführten werden zur vernichtenden Selbstanklage im Munde von Leuten, deren Befangenheit in diesen Dingen so allbekannt ist, daß einem Manne, wie dem in letzter Zeit oft genannten Pastor Stöck, bei seinem schweren Vergehen wegen seiner spezifisch katholischen Denkweise mildernde Umstände zuerkannt werden mußten.

Mit Widerstreben haben wir die letzten Sätze geschrieben, weil wir nach wie vor der Überzeugung sind, daß es in der Gegenwart genug Fragen giebt, zu deren Lösung sich evangelische und katholische Männer zum Frommen des Ganzen die Hand reichen sollten. Die Art und Weise jedoch, wie von katholischer, oder richtiger gesagt, von ultramontaner Seite in der letzten Zeit gegen alles Protestantische vorgegangen wird, zwingt uns zu einem scharfen Wort der Abwehr.

Pädagogik, Universität und Regierung. Es steht fest, daß die selbständige Vertretung der Pädagogik an unsern Universitäten vielen ein Ärgernis, den meisten eine Thorheit ist. Bis auf den heutigen Tag haben sich die preussischen Universitäten mit Erfolg des Eindringens der Pädagogik erwehrt, während die „Hygiene“ ihren siegreichen Einzug gehalten hat. Es bestätigt dies wieder die schon oft ausgesprochne Behauptung, daß der Mensch neuerdings zwar um alles besorgt ist, was sein körperliches Wohlbefinden betrifft, sich aber in der Sorge um sein Seelenheil höchst unbekümmert verhält. Um das Seelenheil aber hat sich die Pädagogik zu kümmern. Denn nichts geringeres ist ihr anvertraut, als die Gesetze aufzufinden, nach denen die geistige Entfaltung des heranwachsenden Geschlechts zu regeln ist. In allen möglichen Tonarten wird das Thema beleuchtet: Auf der Jugend beruht die Zukunft unsers Staats; als beliebtes Schlagwort kann man den Satz in jeder politischen Bierrede hören. Aber hat man schon einmal mit Ernst den Folgerungen nachgedacht, die sich aus ihm ergeben? Allerdings tritt uns seine Tragweite greifbar in dem Kampf um die Schule entgegen: die Kirche will sich des Einflusses auf die Jugend nicht begeben; der Staat will seine mächtige Hand nicht davon abziehen, und die Parteien hoffen von der Jugend die Verwirklichung ihrer Pläne. Also tönt es von allen Seiten: Habt ihr die Jugend, so habt ihr die Zukunft.

Aber wie habt ihr sie? Der Möglichkeiten sind so viel, als es Weltanschauungen giebt, deren Ausgestaltung und Fortbildung vor allem den Zentralstätten geistigen Schaffens, unsern Universitäten, obliegt. Sollte es nicht auch ihre Aufgabe sein, zu untersuchen, welchen der verschiedenen Weltanschauungen man den Einfluß auf das heranzubildende neue Geschlecht versagen, welche man zulassen dürfe im Hinblick auf die Ziele alles Menschenlebens?

Aber da tritt ein jeltfamer Widerspruch zu Tage. Von der Wichtigkeit des erzieherischen Einflusses ist jeder überzeugt; viele fließen ja geradezu über von dieser Überzeugung. Aber nur wenige ziehen daraus die Folgerung, daß man von den Stätten, wo das geistige Leben des Volkes am stärksten pulst oder doch pulsiren sollte, die tiefsten Anregungen empfangen müßte für die Richtlinien, die für die Bildung des nachwachsenden Geschlechts maßgebend sein müssen. Ist dies der Fall? Auch der wohlwollendste Beurteiler muß es verneinen, da sich ja die Zentralstätten geistiger Bildung um die Aufgaben, die uns schon in der Ilias in dem Wunsche Hektors entgentreten, sein Sohn möge werden wie der Vater oder ein noch Besserer, so gut wie gar nicht kümmern.

Wer sich aber die Mühe nimmt, die Vorlesungsverzeichnisse der preussischen

Universitäten in den letzten zehn Semestern daraufhin durchzusehen, wird erschrecken über die klaffende Lücke. Eine Reihe von Universitäten weiß mehrere Jahre hindurch überhaupt nicht, daß es eine Wissenschaft der Pädagogik giebt, andre begnügen sich mit einem Abriss der Erziehungsgeschichte. Sa nicht einmal für die Grundwissenschaften der Pädagogik, für Ethik und Psychologie, ist ausreichend gesorgt. Semesterlang findet man an mehreren Universitäten weder Vorlesungen über praktische Philosophie noch über Psychologie.

Aber selbst wenn solche in zweckentsprechender Weise gehalten würden, so wäre damit für die Pädagogik noch lange nicht genug geschehen. Vorlesungen allein bedeuten überhaupt nicht viel, in keinem Falle das, was sich viele Leute einbilden. Der augenblickliche Eindruck des gesprochenen Wortes mag noch so stark sein, wer bürgt für seine Dauer? Darauf kommt es aber doch jedenfalls an, daß die geistige Richtung, die der junge Erzieher einschlagen soll, dauernd beeinflusst werde. Und wenn der Dozent mit Engelzungen redete, so würde er doch nur Eindrücke flüchtiger Natur hervorrufen, die durch neue Wahrnehmungen bald zurückgedrängt und beseitigt werden würden. Wer hat schon gehört, daß sich ein Künstler allein an ästhetischen Vorlesungen gebildet habe? Hier hilft nur ein Weg: engste Verbindung der Theorie mit der Praxis. So werden die angehenden Ärzte in den Kliniken gebildet, und mit großem Erfolg, wie man weiß. Warum nicht auch die Erzieher in pädagogischen Seminaren, verbunden mit Übungsschulen, einem praktischen Versuchsfelde?

Ein früherer preußischer Kultusminister klagte: Wir haben wohl vortreffliche Lehrer, aber keine Erzieher. Damit hat er den Nagel auf den Kopf getroffen. Aber die Einsicht, wie solche zu schaffen seien, ging ihm vollständig ab. Wir wollen ihm daraus keinen Vorwurf machen. Fehlt doch diese Einsicht selbst nicht wenigen Dozenten an der Universität. Giebt es doch selbst unter ihnen Leute, die da meinen, es handle sich bei der Pädagogik nur um die Kenntniß gewisser technischer Kniffe, die beim höhern Unterricht ziemlich überflüssig, jedenfalls aber in der Praxis sehr leicht zu erlernen seien; deshalb habe die Pädagogik überhaupt nichts an der Universität zu suchen. Daß die Berliner Akademie der Wissenschaften in ihrem fünfunddreißigsten Sitzungsbericht (1889) der Pädagogik feierlich den Charakter einer Wissenschaft zugesprochen hat, scheint im allgemeinen wenig Wirkung gehabt zu haben. Vielleicht liegt es daran, daß es diesem Sitzungsberichte geht wie vielen Akten, die ihren Beruf verfehlen, wenn sie gelesen werden.

Es kommt hinzu, daß es maßgebende Kreise überhaupt nicht für wünschenswert erachten, daß die Pädagogik an der Universität eine selbständige Pflege finde. Damit nähme ja die Erziehungswissenschaft teil an der Freiheit der Wissenschaft. Hierdurch aber würde die Aussicht eröffnet werden, daß sie sich aus der Nähe der Staatspädagogik entfernen und sogar Theorien ausbilden könnten, die sich gegen die amtlich sanktionirte Richtung wenden könnten. Das wäre aber doch ein großer Frevel. Ohne Zweifel hat die Einrichtung der Gymnasialseminare in Preußen diesen schulpolitischen Hintergrund. An den staatlichen Gymnasien hat man die Schulung oder die Dressur der künftigen Gymnasiallehrer in der Hand; nicht so an den Universitäten. Im ersten Falle ist die Ausbildung bürokratisch überwacht und in die gehörigen Grenzen eingeschlossen, im zweiten Falle aber mehr oder weniger frei und sachgemäß. Im ersten Fall regiert der Jurist, dessen Urtheil in Schulsachen nicht durch allzugroße Sachkenntniß getrübt wird, im zweiten ist die wissenschaftliche Pädagogik ausschlaggebend.

Juristen sind ohne Zweifel recht nützliche Leute, und den Schularren haben

sie ja bisher nach bestem Wissen und Gewissen mit Hilfe eines fünften Rades, des Schulrates, fortgeschoben. Aber daß er noch nicht tiefer im Dreck sitzt, ist nicht ihr Verdienst. Anders wird es vielleicht in Zukunft werden, wenn man sieht, was für eine tiefgehende und vielseitige Bildung sich der junge Rechtsbeseßene jetzt auf der Universität anzueignen pflegt, wie er von früh bis abends ochst und schwitzt, um den Geist seiner Wissenschaft zu fassen, ja wie er sogar sein Außeres darüber zu vernachlässigen Gefahr läuft. Wenn diese Herren erst einmal an die Spitze unsers Staatswesens gelangt sein werden — stellenweise sollen sie, wenn von gutem Adel und aus anständigem Korps, schon jetzt ihre Segnungen verbreiten —, dann wird Deutschland wahrhaft an der Spitze der Zivilisation schreiten.

Wir sind etwas ins Äußerliche geraten, aber die Erinnerung an den Zopf, den Universitäten und Regierungen mit gleichem Anstande tragen, verlockt dazu. Merkwürdig, eine wie enge Verwandtschaft sich zuweilen zwischen Institutionen aufthut, die doch grundverschieden sind. Was versteht die Universität vom Regieren, und was die Regierung vom Doziren? In einem Punkte aber scheinen sie einander sehr gut zu verstehen. Das ist die Geringschätzung der pädagogischen Wissenschaft. Die Universität will der Regierung gern überlassen, welchen Geist sie den jungen Lehrern einhauchen zu lassen für gut findet, und die Regierung nimmt ihr dieses Geschäft gern ab, weil sie den Professor doch nicht so in der Hand hat wie den Regierungs- und Schulrat. Und die Folge dieses Bündnisses? Die Thatfache, von der wir ausgegangen sind.

Daß die Welt in allem nur sehr langsam besser wird, glauben wir Goethe gern. Um so mehr, als es zuweilen den Anschein hat, als ginge es rückwärts. Studiren wir z. B. die Vorlesungen über Pädagogik, die Kant und Herbart am Ende des vorigen und zu Anfang dieses Jahrhunderts an der Universität gehalten haben, lassen wir uns ganz durchdringen von der Weite des Blicks, der Freiheit der Auffassung und dem Bewußtsein der Größe der Aufgabe, und fragen wir uns dann, warum diese Männer so wenig Nachfolger an unsern Universitäten gefunden haben, die der Erziehungsaufgabe ein eignes, eindringendes Studium zuwendeten und zuwenden durften, so kann uns die Entwicklung dieser Angelegenheit nur mit Schmerz erfüllen. Ist alles Verständnis für sie mit der größten politischen Reife verloren gegangen? Muß sie etwa erst das sozialdemokratische Programm in neuen Fluß bringen, wie es auch andre Gebiete befruchtet hat? Es ist schlimm, wenn der Geist die verläßt, die ohne ihn verraten und verkauft sind; wenn den Herrschenden nur die Macht bleibt, die Beherrschten aber von treibenden Ideen geradezu überströmen. Hat es sich nicht bitter gerächt, daß an unsern Universitäten vielfach und jahrzehntelang der Aufgabe der Erziehung nur gelegentlich und in sehr oberflächlicher Weise Aufmerksamkeit geschenkt wurde, als gegen unsre Gymnasien Sturm gelaufen wurde? Aber das will man nicht sehen, daß die Verkünderung an unsern höhern Schulen gar nicht soweit hätte kommen können, wenn ihr nicht von den Universitäten aus geradezu Vorschub geleistet worden wäre. Nur eines hätte erfolgreich dagegen wirken können. Aber dieses eine fehlte eben, und es wird wohl so lange fehlen, bis sich einmal ein Umschwung an unsern Universitäten vollziehen wird, der mit allem Zopfwesen gründlich aufräumt. Möchte er bald kommen, damit unsre Universitäten wieder die Führerrolle auf geistigem Gebiete erhalten, die sie ganz verloren haben oder hie und da nur noch mühsam behaupten können. Wer es freilich für gleichgiltig hält, welche Ideen von den Universitäten aus über die beste Erziehung des heranwachsenden Geschlechts ver-

breitet werden und ins Volk dringen könnten, dem mag der jetzige Zustand sehr genehm sein. Aber unter der Firma eines guten Reichsfreundes ist er in der That ein schlimmer Feind, beschränkt, verzopft und ganz gottverlassen.



Litteratur

An der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts. Eine Familiengeschichte von David Sibyllinus. Leipzig, Duncker und Humblot, 1892

Mehr dramatisch-novellistisch als chronikalisch beginnt diese Erzählung im Hause eines katholischen Prälaten in London, dem ein Jesuit irischer Abkunft seinen, seines Ordens und Papst Leos Plan entwickelt, nach dem völligen Zerfall des faulenden Europas die Kirche auf die über Amerika und Indien herrschende anglosächsische Rasse neu zu gründen, und sie schließt mit zwei fröhlichen Hochzeiten auf Schloß Arundel, wo die schwarze Dame umgeht. Zum Glück für den aufklärungsbedürftigen Leser sind sämtliche dramatis personae sehr lehrhaft, sodaß wir von ihnen über alle Dinge im Himmel und auf Erden, über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, über Buddha und Hegel, Moses und Darwin, Bismarck, Homerule und Rußland, Seelenwanderung, Kraft und Stoff und Suggestion gründliche und erschöpfende Auskunft erhalten. Namentlich die ältere der beiden neuvermählten Damen weiß als geschickter Examiner aus allen Männern, mit denen sie zusammentrifft, alles herauszuloden, was sie wissen und nicht wissen; gleich am Abend nach der Hochzeit fragt sie ihrem Gemahl, dem Herzog von Arundel, Löcher in den Leib, sodaß er alles von sich geben muß, was er je verschlungen hat, bis auf die Fragmente des Sanchuniathon und die Jahreszahl 2387 v. Chr., die der Verfasser der Atlantis für den Pharao Menes herausgerechnet hat. Als Entschuldigung für diesen ungewöhnlichen Hymenäus kann man gelten lassen, daß die Braut vierzig, der Bräutigam über sechzig Lenze zählt. Der Jesuit hat Pech. Es nützt ihm nichts, daß er der katholischen Fürstin Aschberg in Osterreich statt des Mädchens, das sie geboren hat, einen Försterjungen unterschiebt und die Gouvernante, seine Mitwifferin, hypnotisirt; das dumme Ding plaudert doch, und das fürstliche Vermögen fällt an den protestantischen Zweig der Familie in Preußen. Es nützt ihm nichts, daß er den Sohn des Herzogs von Arundel für die alleinseigmachende Kirche einfängt; der Gimpel stirbt, ehe er seine zehn Millionen Mark Einkünfte erbt, die übereifrigen Herren in Rom bringen ihn zu früh mit Kasteiungen um. Die Nutzenwendung soll also wahrscheinlich sein, daß sich die römische Kirche mit ihren Weltherrschaftsplänen verrechnen werde, und damit dürfte Sibyllinus wohl Recht haben; es ist das Schicksal der Hierarchen, allerdings auch das aller übrigen Sterblichen, sich beständig zu verrechnen. Übrigens ist das Büchlein, das die Wirrnisse der Gegenwart wie im Guckkasten zeigt, ganz geeignet, dem Leser ein Stündchen angenehmer Unterhaltung zu gewähren.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig